



„Die christliche Kirche ist eine Bildungsinstitution“

Christentum und Bildung haben traditionell viel miteinander gemein. Der Klett-Themendienst sprach mit Bischof Wolfgang Huber, dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), über das Bildungsverständnis der Kirche, die Bedeutung des Religionsunterrichts und die „wechselseitige Unabhängigkeit zwischen Kirche und Staat“.

Auf der 1. Bildungswerkstatt von McKinsey sagten Sie Anfang des Jahres, die christliche Kirche, insbesondere in ihrer evangelischen Gestalt, sei „ihrem Wesen nach eine Bildungsinstitution“. Was meinen Sie damit?

Die Reformation ist von Anfang an auch eine Bildungsinitiative gewesen. Martin Luther hat die Obrigkeit aufgefordert, durch Stipendien Kindern aus schwachen sozialen Verhältnissen eine Schulausbildung zu ermöglichen. Damit setzte er sich für Chancengerechtigkeit ein, eines der wichtigsten Ziele christlichen Bildungshandelns. Jedes Menschenleben hat vor Gott den gleichen Wert und die gleiche Würde, weshalb sich die Kirche besonders dafür engagiert, dass Menschen im Alltag ihres Lebens auch tatsächlich gleiche Chancen erhalten. Philipp Melanchthon, einem engen Mitarbeiter Luthers, kommt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine entscheidende Rolle zu: Er setzte sich für den Aufbau eines evangelischen Schulwesens ein, das die evangelische Kirche seither fortführt. Im Übrigen hängt Glaube auch ganz grundsätzlich eng mit Verstehen, also mit Bildung zusammen.

Ist dieses Bekenntnis zur Bildung in den letzten Jahrzehnten nicht ein wenig zu kurz gekommen?

Der Bildungsgedanke ist in der Gesellschaft insgesamt etwas in den Hintergrund getreten. Das hat sich aber durch die PISA-Studien in den letzten Jahren deutlich geändert.

Wir bekommen eine neue Diskussion über Verfügungs- und Orientierungswissen. Der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß schreibt dazu: „Verfügungswissen ist ein Wissen um Ursachen, Wirkungen und Mittel; es ist das Wissen, das Wissenschaft und Technik unter gegebenen Zwecken zur Verfügung stellen. Orientierungswissen

Zur Person



Foto: Maria Ebert

Wolfgang Huber, geboren am 12. August 1942 in Straßburg, ist Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und seit November 2003 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Er studierte in Heidelberg, Göttingen und Tübingen Theologie, habilitierte sich 1972 und lehrte zwischen 1980 und 1994 zunächst Sozialethik in Marburg, später Systematische Theologie in Heidelberg. Bischof Huber ist verheiratet und hat drei Kinder. Er lebt in Berlin.

ist ein Wissen um gerechtfertigte Zwecke und Ziele; gemeint sind Einsichten, die im Leben orientieren (z. B. als Orientierung im Gelände, in einem Fach, in persönlichen Beziehungen), aber auch solche, die das Leben orientieren (und etwa den ‚Sinn‘ des eigenen Lebens ausmachen).“

Auch die evangelische Kirche arbeitet daran, Bildung weiter in den Vordergrund zu stellen. Zu den wichtigsten Resultaten zählt die 2003 vom Rat der EKD veröffentlichte Bildungsdenkschrift „Maße des Menschlichen“. Konsequenzen haben wir für unterschiedliche Bereiche gezogen, beispielsweise für Bildung im Elementarbereich, Erwachsenenbildung, aber natürlich auch für die schulische Bildung. Die Kirche leistete mit dieser Denkschrift einen Beitrag zur Thematisierung vernachlässigter Bildungsaufgaben und wies – ebenso wie PISA – darauf hin, dass Bildung mehr ist als die Orientierung an Noten und Abschlüssen.

Die Einnahmen der evangelischen Kirche gehen zurück. Heißt das nicht, dass ihre Bildungseinrichtungen, also die Schulen in kirchlicher Trägerschaft, ebenfalls von Sparmaßnahmen betroffen sind?

Sparen heißt ja, etwas für spätere Zeiten zu bewahren. In dieser Situation sind wir nicht. Wir müssen kürzen, weil das Geld bereits in der Gegenwart nicht reicht. Betroffen sind leider auch die Bildungsbereiche. Das Kürzen ist uns aber, so meine ich, ganz gut gelungen, da viele Einrichtungen rechtzeitig in Stiftungen umgewandelt wurden und sie dadurch etwas von den Kirchensteuereinnahmen abgekoppelt werden konnten. Außerdem haben wir Eltern als Förderer gewonnen, die diese Schulen unterstützen. Dadurch wiederum stehen wir diesen Eltern gegenüber in einer ganz besonderen Verantwortung, die der Qualität der Schulen zu Gute kommt.

Wir haben die Probe aufs Exempel gemacht: Befragt nach dem Arbeitgeber mit den meisten Beschäftigten in Deutschland ist niemandem der katholische Caritasverband (knapp 500 000) oder die evangelische Diakonie (450 000) eingefallen. Ist die Kirche im Bewusstsein der Menschen zu wenig verankert?

Wahrscheinlich ist den Befragten auch nicht der Staat eingefallen, der ja der größte Arbeitgeber ist. Die Caritas und die Diakonie, die als Arbeitgeber auf Platz zwei und drei stehen, werden von vielen Zeitgenossen als öffentliche Institutionen wahrgenommen und deshalb in einem solchen Zusammenhang kaum genannt. Es stimmt, dass Kirche im Bewusstsein vieler stärker verankert sein könnte, aber das grundsätzliche Interesse an Glaubensfragen nimmt inzwischen wieder zu. Dies hat nicht nur die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Tod des Papstes gezeigt. Die Menschen lehnen das Gespräch über Glaubensfragen kei-

neswegs ab, sondern sind bereit, sich damit zu beschäftigen und etwas über kirchliche Themen zu erfahren. Das war vor ein paar Jahren noch ganz anders. Inzwischen haben viele erkannt, dass ein Verlust religiöser Traditionen nicht immer ein Gewinn an Freiheit ist.

Trotzdem hat die Evangelische Kirche in Deutschland von 2001 auf 2002 190 000 Mitglieder verloren; 2003 waren es noch einmal 130 000. Welche Strategie haben Sie, um diesen Trend umzukehren?

Der Hauptgrund für den Mitgliederverlust ist die Demografie, die sich ja auch in den Schülerzahlen niederschlägt. Vom Rückgang der Bevölkerungszahl ist auch die Kirche betroffen, so wie in der Schule die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurückgeht. Der Anteil der Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen, wird nicht geringer, auch wenn die absolute Zahl weiter sinkt. Im Übrigen stellen wir uns den missionarischen Aufgaben, die – insbesondere in den ostdeutschen Landeskirchen – sehr umfangreich sind.

Eine Ende 2003 von der EKD veröffentlichte Umfrage ergab, dass die Menschen von der Kirche vor allem seelsorgerische Begleitung im Zusammenhang mit Taufe, Heirat und Beerdigung erwarten. Was kann die evangelische Kirche tun, um nicht auf die Rolle eines Eventmanagers reduziert zu werden?

Ich wäre sehr glücklich, wenn 100 Prozent der Eltern, die sagen, sie wollten ihre Kinder taufen lassen, sie auch tatsächlich zur Taufe brächten. Ich wäre sehr glücklich, wenn 100 Prozent der Paare, die sich eine kirchliche Trauung vorstellen können, ihre Ehe auch in der Kirche schlossen. Und ich wäre sehr glücklich, wenn diejenigen, die eine kirchliche Beerdigung in Erwägung ziehen, am Schluss auch von einem Pastor bestattet würden. Kurzum: Ich bin jemand, der diese seelsorgerischen Aufgaben sehr hoch schätzt – und glücklicherweise kann ich sie in meiner Funktion als Bischof auch noch ab und zu ausüben. Wenn es gelingt, den Menschen an diesen biografischen Eckpunkten zu zeigen, was Kirche leisten kann, dann ist dies ein sehr guter Anfang für alles Weitere. Besondere Anlässe müssen wir als Chance begreifen zu beweisen, wie viel Kernkompetenz in der Kirche vorhanden ist. Nur dann werden wir es schaffen, die Menschen dauerhaft an die Kirche zu binden.

Würden Sie sagen, dass sich die Kirche, statt ihr Profil zu schärfen, in den letzten Jahren zu sehr bei den Menschen angebedert hat und vielleicht gerade dadurch Mitglieder verloren hat?

Unsere Kirche hat in mancherlei Hinsicht ein klares Profil gezeigt. Denken Sie z. B. an die Friedensbewegung der 1980er-Jahre. Ich räume aber ein, dass von außen nicht immer ganz klar erkennbar gewesen ist, wie dieses Engage-



Foto: Maria Ebert

Bischof Huber im Innenhof des im Jahr 2000 eröffneten Evangelischen Zentrums Georgenkirchstraße in Berlin-Friedrichshain.

ment mit der Botschaft der Kirche zusammenhing. Dieses Problem haben wir erkannt und arbeiten daran. Wir wollen nicht einer kirchlichen Selbstsäkularisierung Vorschub leisten, sondern das Problemthema ins Zentrum rücken.

Sie erklärten vorhin, das Interesse an Glaubensfragen nehme wieder zu. Das heißt aber nicht unbedingt, dass die Menschen auch einer Kirche beitreten...

Wir beobachten derzeit das gesellschaftliche Phänomen, dass es den Menschen generell schwer fällt, sich zu binden. Sie möchten gern von Institutionen profitieren, sind aber nicht bereit, in der jeweiligen Einrichtung Mitglied zu werden. Das gilt nicht nur für die Kirchen, aber natürlich auch für sie. An den Weihnachts- und Ostergottesdiensten nehmen jedes Jahr zahlreiche Menschen teil, die keine Kirchenmitglieder sind; in vielen Kirchenchören singen Menschen, die nicht in der Kirche sind, und in den evangelischen Kindergärten sind zahlreiche Kinder, die nicht getauft wurden. Wir müssen Wege finden, diese Menschen noch enger an die Kirche zu binden.

Allerdings ist es auch so, dass es vom Beginn der Kirche an Katechumenen gab. Das sind Jugendliche oder Erwachsene, die entschlossen sind, sich der Kirche zuzuwenden, aber noch nicht getauft sind. In der heutigen Zeit, in der insbesondere in Ostdeutschland viele Jugendliche oder Erwachsene nicht getauft wurden, müssen wir uns wieder viel stärker mit dem Katechumenat auseinander setzen. Auf dem Weg zum Glauben brauchen viele Zeit. Wir müssen ihnen Angebote machen und sie auf ihrem Weg begleiten. Ohne sie zur Taufe zu drängen, müssen wir doch die Einladung zur Taufe deutlich aussprechen.

Könnte es in diesem Zusammenhang nicht auch notwendig werden, über die Finanzierung der Kirchen nachzudenken?

Ja, bestimmt. Die Kirchensteuer allein reicht nicht mehr aus, um Kirche zu finanzieren, zumal nur etwa ein Drittel der Mitglieder kirchensteuerpflichtig ist. Ich denke nur an die zahlreichen Kirchenfördervereine, die speziell im Osten derzeit wie Pilze aus dem Boden schießen. Viele Kirchengebäude waren jahrzehntelang dem Verfall preisgegeben und gehörten auch nach 1989 nicht zu den ersten Bauwerken, die renoviert wurden. Da die Kirchenbauten aber nun einmal meist das jeweilige Ortsbild prägen, sind die Menschen bereit, für ihren Erhalt zu spenden. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Ein anderes Beispiel sind die Fördervereine, mit denen Eltern kirchliche Bildungseinrichtungen unterstützen.

Aber durch projektbezogene Spenden werden die Menschen nicht zu Kirchenmitgliedern. Treten nicht viele Erwerbstätige gerade wegen der Kirchensteuer aus der Kirche aus?

Wichtigstes Kriterium für die Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche ist die Taufe. Daraus ergeben sich für diejenigen, die erwerbstätig sind, gewisse Pflichten. Eine dieser Pflichten ist das Entrichten der Kirchensteuer. Da die Kirchensteuer die soziale Situation des Einzelnen berücksichtigt – womit ja zusammenhängt, dass nur jedes dritte Mitglied kirchensteuerpflichtig ist –, sollte es für diejenigen, die dazu veranlagt werden, kein Problem sein, diesen Finanzierungsbeitrag zu leisten.

Anfang dieses Jahres plädierten 48 Prozent der Deutschen für eine Abschaffung des Religionsunterrichts zugunsten von Deutsch und Mathematik. Was entgegenen Sie diesen Eltern?

Solche Umfragen sind suggestiv und bringen deshalb keine objektiven Ergebnisse. Fragt man Eltern, ob sie einen guten Deutsch- und Mathematikunterricht wichtiger finden als einen guten Religionsunterricht, so ist es

verständlich, dass sie so antworten. Würden dieselben Eltern gefragt, ob sie einen guten Deutsch-, Mathematik- und Religionsunterricht für wichtig halten, sähe die Antwort ganz anders aus. Selbst in Ostdeutschland, wo die Elterngeneration vergleichsweise wenig kirchennah ist, erkennen immer mehr Menschen, wie wichtig es ist, dass ihre Kinder Religionsunterricht haben, und melden sie deshalb an. Es ist inzwischen bekannt, dass der Religionsunterricht nicht nur über die eigene Kirche informiert, sondern auch über andere Religionen, ethische Werte und gesellschaftliche Verpflichtungen.

In Deutschland gibt es die strikte Trennung von Kirche und Staat. Wo ziehen Sie die Grenze in der Auseinandersetzung z. B. mit Rechtsradikalen. Geht ein Kirchenmann (wie der Dresdner Bischof Reinelt) zu weit, wenn er ein Verbot der NPD fordert?

Wir haben in Deutschland eine wechselseitige Unabhängigkeit von Kirche und Staat. „Fördernde Neutralität“ hat das deutsche Bundesverfassungsgericht diese Haltung kürzlich genannt und damit eine, wie ich finde, glückliche Formulierung gefunden. Die Kirchen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Von ihnen wird erwartet, dass sie sich einmischen, wenn die Rechte von Minderheiten gefährdet sind, unsere Demokratie in Frage gestellt wird etc. Ich stehe deshalb voll und ganz hinter Bischof Reinelt. Es ist unerlässlich, den wiederkehrenden Phänomenen des Antisemitismus und Rassismus öffentlich zu widerstehen.

Die NPD gewinnt im Osten Wählerstimmen nicht unbedingt wegen ihrer Politik, sondern weil sie jungen Menschen attraktive Freizeitangebote macht und damit Halt, Geborgenheit und Gemeinschaft bietet. Warum kommt die Kirche im Osten Deutschlands mit ähnlichen Angeboten auch 15 Jahre nach dem Fall der innerdeutschen Grenze noch immer nicht an die jungen Menschen heran?

Die Aktivitäten der Kirche finden durchaus Resonanz bei jungen Menschen, aber leider nicht so viel, wie auch ich mir dies wünsche. Gründe dafür gibt es viele – ich will die beiden wichtigsten nennen: Erstens kämpfen wir noch immer gegen die DDR-Erziehung, die zwei bis drei Generationen lang Kirche als überholte und überflüssige Einrichtung dargestellt und sie mit Aberglauben und Rückständigkeit in Verbindung gebracht hat. Dadurch sind Barrieren entstanden und Berührungspunkte vorhanden, die den Zugang zur jungen Generation erschweren. Zweitens haben wir im Osten das Problem, dass aktivere junge Menschen wegziehen, weil ihnen die Perspektive fehlt. Dadurch wird bei denjenigen, die zurückbleiben, der Eindruck noch verstärkt, dass es in Ostdeutschland nichts gibt, wo sie sich einbringen können. Das nützt – leider – der NPD.

Alle – Unternehmen, Staat, Länder und Kommunen, selbst die Kirche – stehen unter enormem Druck. Löhne und Gehälter sind Kosten, die reduziert werden müssen, Arbeitsplätze gehen verloren. Haben Forderungen nach Chancengleichheit, Integration von Behinderten, Förderung sozial Schwacher derzeit überhaupt noch eine Chance, realisiert zu werden?

Unser Sozialstaat ist in einem immensen und sicherlich auch notwendigen Umbau begriffen. Dies verlangt eine Veränderung der Vorsorgeleistungen, darf aber nicht dazu führen, dass die Hilfe im Kampf gegen Not und Armut komplett abgebaut wird. Immerhin ist der Sozialstaat in Deutschland verfassungsrechtlich verankert: In Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Das dürfen wir nicht einfach preisgeben, sondern müssen uns dafür einsetzen, Lösungen zu finden, die mit den Aufgaben eines entwickelten Sozialstaats zu vereinbaren sind. Die Kirchen können nicht stellvertretend für andere neue Arbeitsplätze schaffen. Der Beitrag, den sie zu leisten in der Lage sind, besteht darin, gemeinsam mit der Wirtschaft und der Politik nach Lösungen zu suchen, die den Fortbestand des Sozialstaats sichern.

Das Sterben von Papst Johannes Paul II. hat gezeigt, wie sehr die Leitfiguren der Kirchen zu medialen Personen geworden sind. Davon sind auch Sie persönlich betroffen. Haben Sie sich und Ihrer Familie noch ein Privatleben bewahren können?

Ja, das habe ich, aber es ist nicht immer einfach. Es sind nicht nur die Medien, sondern auch die Mobiltelefone, die das Privatleben beeinträchtigen können. Wer eine solche Funktion bekleidet wie ich, muss lernen, sich zurückzuziehen, um Zeiten zu haben, in denen er sich der eigenen Familie widmet und zum Nachdenken kommt. Wenn ich um einen brandenburgischen See oder durch meine Heimat, den Schwarzwald, gehe, bleibt das Telefon ausgeschaltet. «

Die Fragen stellte Maria Ebert.

Ansprechpartner



Christof Vetter
 Pressesprecher EKD
 Herrenhäuser Straße 12
 30419 Hannover
 Telefon: 05 11-27 96-269
 Fax: 05 11-27 96-777
christof.vetter@ekd.de | www.ekd.de